

Für die Sitzung der Universitätsvertretung
der Universität Wien, am 11.06.2021



STUDIERENDE GEGEN ABSCHIEBUNGEN

Die Europäische Union (EU) plant mit dem zurzeit diskutierten „Migrationspakt“ die Legalisierung der menschenverachtenden Praxis an den EU-Außengrenzen: Zurückweisungen, Lager und konzertierte Abschiebungen sollen in Zukunft das europäische Asylsystem bestimmen. Die österreichische Regierung ist an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, menschenrechtliche Standards zu untergraben. Dies zeigt sich in der täglichen Praxis in Österreich: Abschiebung von lange in Österreich lebenden Familien, Missachtung der Kinderrechte oder Abschiebungen in Kriegsgebiete.

Ausgrenzende Migrationspolitik muss ein Ende haben.

Daher möge die zweite ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien beschließen

- Die Universitätsvertretung der ÖH Uni Wien setzt sich öffentlichkeitswirksam für
 - den sofortigen Stopp von Abschiebungen
 - den Einhalt des Rückschiebeverbots verankert in Artikel 3 der europäischen Menschenrechtskonvention
 - faire und sorgfältig überprüfte Asylverfahren
 - die umfassende Prüfung erneuter Anträge auf internationalen Schutz bei bereits negativ beschiedenen Asylverfahren